

**Stefan Axel Boës,
Andreas Schwegel:**

Terrorismus und wehrhafte Demokratie – Impulse für eine Heimatschutz-Strategie der Zukunft

*Politische Studien, Jg. 56, Heft 399 (Jänner/Februar 2005),
S. 91–102*

Spätestens seit den Anschlägen in Madrid am 11. März 2004 zeigt sich, dass islamistische Terrorgruppierungen auch Europa als Ziel eines asymmetrisch angelegten Krieges gegen den Westen betrachten. In der Folge dieses Anschlages, aber auch desjenigen vom 11. September 2001, sahen sich viele westeuropäische Regierungen gezwungen, Maßnahmen zur Verbesserung der Terrorabwehr zu setzen. Im Wesentlichen blieb es jedoch bei reaktiven und aktionistischen Maßnahmen, kohärente, proaktive Strategien für den Bereich „Heimatschutz“, „Homeland Defence“ oder „Homeland Security“ wurden bislang nicht entwickelt.

Der vorliegende Beitrag analysiert die Situation in Deutschland; im Hintergrund steht die Politik der Unionsparteien, für die zwar, so die Autoren, der Bereich „innere Sicherheit“ traditionell eine Kernmaterie darstellt, die sich aber bislang auch noch nicht aus dem tagespolitischen Sicherheitsaktionismus verabschiedet haben. Grundsätzlich soll der Aufsatz den Impuls für eine kohärente Heimatschutzstrategie liefern. Im Zentrum stehen folgende drei Säulen eines „Systemverbundes Innere Sicherheit“: Strategische Vorfeldaufklärung von Exekutive und Nachrichtendiensten, Zusammenführung von Zivil- und Katastrophenschutz sowie eine gesetzlich abgeklärte Rolle der Bundeswehr im Inneren.

Die Ausführungen zu diesen drei Säulen zeigen klar die Erfordernisse auf: die vermehrte Kooperation innerhalb der Exekutive, aber auch innerhalb der Dienste und zwischen den verschiedenen Diensten sowie zwischen den Diensten und der Exekutive; die Einbettung der verschiedenen Maßnahmen in eine überzeugende Kommunikationsstrategie, um der Bevölkerung klar zu machen, dass Terrorprävention nur über eine verbesserte Vernetzung von Informationen möglich ist; die Errichtung eines nationalen Lagezentrums, das eine Schlüsselfunktion im Bereich der Analyse hätte; ein

Aufheben der Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz und deren Zusammenführung zu einem „Bevölkerungsschutz“; letztlich auch eine legislativ abgesicherte Grundlage für die Rolle der Bundeswehr auf dem eigenen Staatsgebiet im Falle eines terroristischen Anschlages, dies würde eine Änderung des Grundgesetzes bedingen.

Zur gleichen Zeit zeigt die Analyse aber auch institutionelle, strukturelle und mentale Grenzen auf, die der Etablierung eines solchen „Systemverbundes Innere Sicherheit“ entgegenstehen: die ausgeprägte föderale Struktur Deutschlands, die beispielsweise zur Folge hat, dass sich 34 mehr oder minder selbstständige Behörden mit der Terrorbekämpfung auseinandersetzen; das Beharren auf Kompetenzen und Ressourcen, was wiederum dazu führt, dass Behörden parallel oder sogar gegeneinander arbeiten; das bundesdeutsche Spezifikum des Trennungsgebotes von Polizei und Nachrichtendiensten; der Widerstand vor allem der Regierungsfractionen, das Grundgesetz zu ändern; die nicht genau definierte Rolle der Streitkräfte im Inneren; das Spannungsfeld zwischen Datenschutz und Schutz der Grundrechte auf der einen sowie der Notwendigkeit der verstärkten Vernetzung und des Austausches von Informationen auf der anderen Seite; dazu das Unvermögen, die Separierung von innerer und äußerer Sicherheit operationell, vor allem aber mental aufzuheben.

Viele der genannten Vorschläge sind in ihrer grundsätzlichen Konzeption nicht vollständig neu und werden auch in anderen Staaten in ähnlicher Weise diskutiert. Gleiches gilt auch, abgesehen von deutschen Spezifika, für die Grenzen und Barrieren sowie für die generelle Herangehensweise an die Problematik „Heimatschutz“ an sich.

Grundsätzlich ist den Autoren voll zuzustimmen, dass den Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus nicht mit aktionistischen kosmetischen Korrekturen der administrativen Sicherheitsstrukturen begegnet werden kann. Der Beitrag liefert gute Impulse zur Reflexion zum Thema „Heimatschutz“. Letztlich ist aber darauf hinzuweisen, dass dies eine Aufgabe der Politik ist. Ob die Politik mit dieser Herausforderung fertig wird oder sich dieser überhaupt stellen wird, ist zu hoffen – Skepsis ist jedoch angebracht.

Thomas Pankratz